Antrag

des Abg. Nikolai Reith u. a. FDP/DVP

Maßnahmen zur Suizidprävention

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Zahl der Suizide und Suizidversuche in Baden-Württemberg seit 2019 entwickelt hat (bitte aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht);
2. wie viele Suizide und Suizidversuche es aufgeschlüsselt nach Kinder- und Jugendpsychiatrien, Psychiatrien für Erwachsene, Einrichtungen des Maßregelvollzugs sowie Justizvollzugsanstalten in den letzten zehn Jahren gab (bitte aufgeschlüsselt nach Geschlecht);
3. wie viele Suizidpräventionsangebote, aufgeschlüsselt nach speziellen Beratungsstellen, Angeboten in Kliniken, Therapeuten mit entsprechender Ausbildung sowie ehrenamtlichen Beratungsstellen und weiteren Angeboten in Baden-Württemberg vorhanden sind;
4. wie sie die landesweite Abdeckung bzw. den Versorgungsgrad durch Suizidpräventionsangebote, insbesondere mit Berücksichtigung des Stadt-Land-Gefälles, bewertet;
5. resultierend aus Ziffer 4, welche Erkenntnisse und Maßnahmen sie hieraus ableitet;
6. inwiefern Suizidprävention bzw. Suizidpräventionsangebote finanzielle Förderung erhalten (bitte unter Angabe des jeweiligen Suizidpräventionsangebots bzw. der jeweiligen Einrichtung, der Fördersumme sowie des Förderzeitraums);
7. resultierend aus Ziffer 6, inwiefern Akteure der Suizidprävention darüber hinaus landesseitig unterstützt werden (personell, organisatorisch, inhaltlich, etc.);
8. wie sie sich zu dem im Herbst 2024 vorgestellten Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Suizidpräventionsgesetz, welches den Aufbau einer Bundesfachstelle für Suizidprävention, die Einrichtung einer zentralen, deutschlandweiten Hotline sowie Aufklärung, Information und Forschung beinhalten sollte, inhaltlich positioniert;
9. resultierend aus Ziffer 8, inwiefern analog zur Bundesebene ein entsprechendes Suizidpräventionsgesetz oder zumindest ein ähnliches Vorhaben auf Landesebene geplant ist (bitte mit Begründung der jeweiligen Entscheidung);
10. ob und wenn ja, wie sich der inhaltliche und organisatorische Austausch zwischen der Landesregierung und Akteuren der Suizidprävention, beispielsweise mit der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitskreise Leben (AKL), gestaltet;
11. inwiefern die Ausbildung bzw. Fort- und Weiterbildung der (ehrenamtlichen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Suizidpräventionsangeboten finanziell, organisatorisch, personell und inhaltlich gefördert und unterstützt wird;
12. zu welchen konkreten Ergebnissen die „Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen infolge der Coronapandemie“, welche seit 2021 ein umfangreiches Maßnahmenpaket entwickelt hat, um Kinder, Jugendliche und Eltern bei der Bewältigung der psychischen Folgen der Pandemie zu unterstützen, im Allgemeinen sowie im Konkreten bezüglich der Suizidprävention bei Kindern und Jugendlichen geführt hat und welche Maßnahmen diese beinhaltet;

13. inwieweit konkrete Pläne und Vorhaben oder bereits bestehende Unterstützungsstrukturen bezüglich spezieller Angebote und Ansprechpartner bei Suizidtrauer vorhanden sind;
14. welche Maßnahmen sie aufgrund des deutlichen Männerüberhangs bei Suiziden und Suizidversuchen hinsichtlich entsprechend zugeschnittener Prävention und speziell für Männer entwickelter Hilfsangebote zu ergreifen gedenkt;
15. welche weiteren Maßnahmen sie aufgrund der gestiegenen Rate an Suiziden und Suizidversuchen zu ergreifen gedenkt.

24.6.2025

Reith, Fischer, Haußmann, Dr. Rülke, Dr. Kern, Weinmann, Birnstock, Bonath, Brauer, Hoher, Dr. Jung, Karrais, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Suizide sind nicht nur für die betroffenen Personen, Familien und Angehörigen, sondern auch für unsere Gesellschaft von erheblicher Auswirkung. Viele Menschen leiden unter physischen, psychischen und sozialen Folgen von Suiziden und Suizidversuchen. Daher sind effektive Maßnahmen gegen Suizide und nachhaltige Suizidpräventionsangebote von entscheidender Bedeutung. Dieser Antrag soll daher den Umgang der Landesregierung mit Suizidpräventionsangeboten beleuchten und notwendige Maßnahmen gegen die steigende Rate von Suiziden und Suizidversuchen erfragen.